

## Waldwende statt Waldsterben!

Neun BUND-Forderungen zu Deutschlands Wäldern in der Klimakrise

**Den Klimaschutz ernstnehmen, Schadstoffe eindämmen und eine ökologische Waldwende einleiten – dies fordert der BUND angesichts absterbender und geschwächter Waldbestände in ganz Deutschland. Der Wald ist durch Dürre, Luftschadstoffe und eine vielerorts zu intensive Forstwirtschaft im Dauerstress.**

Dem deutschen Wald geht es so schlecht wie seit Jahrzehnten nicht, das zeigt auch der Waldzustandsbericht: Seit Beginn der Erhebungen war der durchschnittliche Kronenzustand unserer Waldbäume noch nie so schlecht. **Nur noch jeder fünfte Baum ist gesund.** Bei mehr als einem Drittel der Bäume sind die Kronen sogar deutlich aufgelichtet. Die Bundesregierung muss endlich wirksame Maßnahmen ergreifen, um die Klimakrise zu stoppen, die Schadstoffemissionen aus Verkehr, Industrie und Landwirtschaft wirksam zu reduzieren und die Wälder schonender zu behandeln.

Eine ökologische Kehrtwende im Umgang mit Deutschlands Wäldern ist überfällig: Der Wald muss dringend behutsamer bewirtschaftet werden, sodass er den **Folgen der Klimakrise** besser standhalten kann. Mehr Naturwälder sollen frei von menschlichen Eingriffen ihr volles Potential an biologischer Vielfalt entfalten dürfen.

Der **Waldumbau** weg von naturfernen Fichten- und Kiefernforsten hin zu naturnahen Laubmischwäldern mit heimischen Baumarten muss verstärkt vorangetrieben werden. Dafür braucht es auch einen **Paradigmenwechsel beim Wildtiermanagement** und entsprechende waldfreundliche Regelungen im neuen Bundesjagdgesetz.

Deutschlands Wälder sollen naturnäher, strukturreicher und ökologisch wertvoller werden. Sie sollen besser **zum Wasserrückhalt und zur Grundwasserneubildung beitragen** können und ihre **Funktion als Klimaschützer** weiterhin wahrnehmen können. Bund und Länder müssen hierbei ihre Gemeinwohlaufgaben wahrnehmen und in ihrer Vorbildfunktion mit gutem Beispiel vorangehen.

Kommunale und private Waldbesitzer\*innen sollen bei der ökologischen Waldwende **finanziell unterstützt** werden, da dies auch der Gesellschaft und der Gesundheit aller zugutekommt. Eine Weiterverfolgung oder gar Subventionierung eines „Weiter so!“ in der Forstwirtschaft, bei der allein der Holzertrag im Fokus steht, darf es nicht mehr geben.

## Die BUND-Forderungen im Einzelnen:

### 1. Wirksame Klimaschutzmaßnahmen ergreifen

Die Bundesregierung muss den Klimaschutz hierzulande endlich ernst nehmen und konsequent verfolgen, auch zum Schutz der deutschen Wälder. Dafür sind effektive Maßnahmen erforderlich. Wir brauchen Maßnahmen zur absoluten Energieeinsparung, einen schnellen Ausstieg aus fossilen Energien, allen voran der Kohleverstromung und eine schnellstmögliche Umstellung des Energiesystems auf 100 Prozent erneuerbare Energien.

Die Steigerung der Energieeffizienz und absolute Energieeinsparungen, ein ambitionierter Ausbau der erneuerbaren Energien und allen voran ein schneller Ausstieg aus den fossilen Energien sind zwingend notwendig, um ein zukunftsfähiges Energiesystem zu schaffen. Etwa die Hälfte der Braunkohle-Abschaltungen sind erst nach 2034 geplant. Um die national und international vereinbarten Klima- und Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, müsste der Kohleausstieg aber bis zum Jahr 2030 erfolgen. Schon vor der Corona-Krise ist der Ausbau der Erneuerbaren fast zum Erliegen gekommen. Die Windindustrie verzeichnet einen Rückgang der Investitionen in Neuanlagen in Deutschland um über 80 Prozent in den letzten zwei Jahren. Sogar ein Nettorückgang der installierten Leistung droht, weil Altanlagen aus der EEG-Förderung fallen. Gleichzeitig hemmt der Solardeckel den Photovoltaik-Ausbau. Auch für Solaranlagen, deren Förderung ausläuft, fehlt ein tragfähiges Modell für den Weiterbetrieb.

Die bestehenden Hemmnisse bei Photovoltaik und Windenergie verhindern das aber aktuell. Ohne weitere Maßnahmen steuert die Bundesregierung auf einen Anteil von maximal 50 Prozent Erneuerbarer Energien in 2030 zu, was eine klare Verfehlung des ohnehin schon zu niedrigen Ziels von 65 Prozent darstellt. Dabei sind erneuerbare Energien schon längst die kostengünstigste Alternative, berücksichtigt man die externen Kosten wie Umwelt-, Gesundheits- und Klimaschäden. In Deutschland erfreut sich die Energiewende ungebrochen höchster Zustimmungswerte der Bevölkerung. Das spiegelt sich auch darin, dass sich Bürger\*innen aktiv an der Wende beteiligen: Jede zweite erneuerbare Anlage ist in Bürger\*innenhand. Für eine erfolgreiche Energiewende muss dieser Ausbau fortgesetzt und beschleunigt werden. Eine natur- und sozialverträgliche Energiewende ist schließlich nur mit einem mindestens um die Hälfte reduzierten Energieverbrauch bei bestehenden Anwendungen möglich.

Politiker\*innen auf Landes-, Bundes- und Europaebene müssen mit gutem Beispiel vorangehen und umgehend wirkungsvolle Klimaschutzmaßnahmen beschließen. Es werden endlich mutige Entscheidungen zum Schutz des Klimas gebraucht.

### 2. Wälder ökologisch verträglich bewirtschaften, Feuchtigkeit im Wald halten

Um die gestressten Wälder besser gegen die Auswirkungen der Klimakrise zu schützen, müssen sie dringend schonender bewirtschaftet werden. Dazu gehört eine Waldwirtschaft, die ökologisch verträglich ist und die für die Holzerzeugung und Holzernte so schonend wie möglich in das Waldökosystem eingreift. Dies gilt sowohl in Hinblick auf die Art der forstlichen Eingriffe wie auch auf die Menge der Eingriffe und des geernteten Holzes. Der öffentliche Wald hat eine besondere Gemeinwohlverpflichtung und ist vorbildlich zu bewirtschaften. Für ökologische Mindeststandards

der Waldbewirtschaftung muss die Bundesregierung endlich eine *Gute forstliche Praxis* definieren und im Bundeswaldgesetz verbindlich verankern. Forst- und Holzwirtschaft, Handel, Politik, Verbraucher\*innen - die Gesellschaft muss sich nach dem richten, was unsere Wälder nachhaltig leisten können, nicht umgekehrt. Privatwaldbesitzer\*innen sollen für Gemeinwohlleistungen, die über die Sozialpflichtigkeit des Eigentums und die Gute forstliche Praxis hinausgehen, die Möglichkeit eines unbürokratischen finanziellen Ausgleiches erhalten. Hierfür soll auf Bundesebene ein Waldnaturschutzfonds dauerhaft eingerichtet werden.

Ziel muss in Anbetracht von durch die Klimakrise bedingtem Trockenstress, Hitze und Stürmen sein, dass mehr Feuchtigkeit im Wald verbleibt, der Wald seine Wasserspeicherkapazität erhöhen und sich selbst stabilisieren kann: Konkret bedeutet dies weniger drastische Eingriffe bei Durchforstung und Holzernte, ein Stopp der Entwässerung von Wäldern und die Vermeidung der Verdichtung von Waldböden durch zu intensive Befahrung. So ist ausreichend starkes Totholz im Wald zu belassen, da dieses die Feuchtigkeit im Wald hält, um Wälder besser gegen Trockenstress und Brände zu wappnen. So gilt für die Holzernte und die Walderschließung: Dabei darf der Wald nicht so weit aufgelichtet werden, dass er durch Sonneneinstrahlung und Verdunstung austrocknet und die Bäume durch fehlende Nachbarn instabil werden.

Der Landschaftswasserhaushalt darf nicht gestört werden beziehungsweise muss naturraumtypisch wiederhergestellt werden, beispielsweise durch Sicherung bzw. Anhebung des Grundwasserspiegels, Erhöhung des Wasserrückhaltepotenzials der Waldböden und der Verminderung oder Verzögerung des Oberflächenabflusses. Entwässerungsgräben sind soweit wie möglich zurückzubauen, Waldmoore und Waldgewässer zu renaturieren. Die Walderschließung darf den Wasserabfluss nicht beschleunigen. Der Waldboden als wichtiger Wasserspeicher muss bei der Holzernte schonend behandelt werden, Rückegassen müssen einen Mindestabstand von 40 Metern aufweisen.

Das Ausbringen von Pestiziden auf Nadelforste oder Eichenwälder per Hubschrauber gegen Massenvermehrungen von Nonnen-Schmetterlingen, Schwammspinnern oder anderen Insekten sind ausnahmslos zu unterlassen – nicht nur zum direkten Schutz der Menschen. Durch solche Einsätze werden gleichzeitig großflächig andere Insektenarten vergiftet, die essentielle Nahrungsgrundlage für Vögel und Fledermäuse sind. Im Zeitalter des massenhaften Artensterbens, insbesondere der Insekten, ist eine solche Vorgehensweise nicht mehr zeitgemäß.

### **3. Naturwälder auf zehn Prozent der Waldfläche zulassen**

Die Bundesregierung soll ein Programm zur Förderung der Sicherung von Naturwäldern auf den Weg bringen, in das Bund, Länder und Kommunen einzubeziehen sind. Für den Erhalt des Potentials der biologischen Vielfalt unserer Wälder ist es unabdingbar, dass sich langfristig mindestens zehn Prozent der Wälder dauerhaft als Naturwälder, frei von forstlichen Eingriffen entwickeln dürfen. In Naturwäldern werden nicht nur seltene Tiere, Pflanzen und Pilze besonders geschützt, sondern auch der Ablauf natürlicher Prozesse. Die Forschung kann hier wertvolle Erkenntnisse gewinnen, wie sich der Wald in der Klimakrise selbst helfen kann. Für die internationale Glaubwürdigkeit Deutschlands sind diese „Urwälder von morgen“ unabdingbar, zum Beispiel bei Forderungen nach dem großflächigen Schutz der letzten noch weitgehend intakten Regenwälder am Amazonas, im Kongobecken oder in Indonesien und Malaysia.

Kommunale und private Waldbesitzer\*innen sollen bei der Ausweisung von Naturwäldern finanziell und mit Beratung unterstützt werden. Gelder für die dauerhafte Ausweisung von Naturwäldern sollen ausschließlich als Einmalzahlung fließen. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Flächen die Kriterien der „Kernbilanz“ des 5-Prozent-Naturwälder-Ziels der Nationalen Biodiversitätsstrategie erfüllen, insbesondere die rechtliche Absicherung der dauerhaften Bereitstellung als Naturwald.

#### **4. Waldumbau verstärkt vorantreiben**

Angesichts der Klimakrise ist ein umfassender Umbau unserer Wälder weg von naturfernen Fichten- und Kiefernforsten, hin zu naturnahen Laubmischwäldern dringender denn je geboten und soll mit einem Bund-Länder-Programm vorangetrieben werden. Bei diesem Umbau müssen einheimische Laubbäume und Naturverjüngung die zentrale Rolle spielen. Sie bieten ein breites Spektrum an Arten und genetischer Vielfalt, die besonders in Mischung mit den unterschiedlichsten Bedingungen zurechtkommen. Laubwälder bilden zudem mehr Grundwasser – und damit Trinkwasser – als Nadelforsten. In Wäldern mit hohem Nadelbaumanteil verdunstet unter anderem wegen ihrer ganzjährig vorhandenen Nadeln mehr Wasser als in Laubwäldern. Das verstärkt den Stress durch Hitze und Trockenheit. Laubwälder sind zudem weniger anfällig für Waldbrände.

Nadelhölzer wie Kiefer oder Fichte dürfen nicht mehr in Monokultur, sondern nur noch gruppenweise oder in geringer Beimischung angebaut werden. Insbesondere im Bergwald ist die Weißtanne als heimische Art zu fördern. Mit ihren tiefen Wurzeln kann sie zudem Stürmen und Trockenperioden besser standhalten als die Fichte. Auf das künstliche Einbringen nicht-standortheimischer Baumarten ist aus Naturschutzgründen zu verzichten. Baumarten aus anderen Kontinenten wie Douglasie, Küstentanne oder Roteiche bieten vielen heimischen Arten keinen Lebensraum. Für den Anbau dieser Baumarten besteht ein erhebliches ökologisches Risiko.

Waldbesitzer\*innen und Kommunen, die ihre Nadelforsten nach den oben beschriebenen Leitlinien zu naturnahen Laubmischwäldern umbauen wollen, sollen hierbei finanziell unterstützt werden und Beratung erhalten.

#### **5. Wildtiermanagement und Jagd waldfreundlich umgestalten**

Der Wald braucht endlich einen Paradigmenwechsel beim Wildtiermanagement. Konzepte zum Wildtiermanagement sind so zu entwickeln und umzusetzen, dass sie den Waldumbau und die natürliche Wiederbewaldung durch Sukzession unterstützen. Die Jagd ist so zu gestalten, dass der Wildbestand natürliche Verjüngung und Wiederbewaldung von Laubbäumen und Tanne ohne Zaun oder andere Schutzmaßnahmen zulässt. Es kann nicht sein, dass jahrelange Bemühungen von engagierten Förster\*innen, junge Laubbäume in Nadelforsten hochzubringen, immer wieder von Rehen und anderem Schalenwild vernichtet werden – aufgrund von Versäumnissen bei der Jagd. Ebenso wenig dürfen Steuergelder für teure Zäune verschwendet werden, weil die Jagdlobby eine waldfreundliche Gestaltung des Wildtiermanagements blockiert. Für das neue Bundesjagdgesetz sind entsprechende waldfreundliche Regelungen zum Wildtiermanagement überfällig. Bereits bestehende Vorschriften einer waldfreundlichen Jagdpraxis in den Ländern und Kommunen sind umzusetzen.

Zur Novelle des Bundesjagdgesetzes fordert der BUND konkret, die Ausgestaltung der Jagd verbindlich an den Erfolg des Waldumbaus und der Wiederbewaldung mit Laubbäumen zu knüpfen. So soll das neue Jagdgesetz sicherstellen, dass Wildtiermanagement und Jagd so gestaltet werden, dass der Wildbestand natürliche Verjüngung und Wiederbewaldung durch Laubbäume und Tanne ohne Zaun oder andere Schutzmaßnahmen zulässt. Ein ökologisch und klimatisch stabiler Laubmischwald muss dabei als Hegeziel aufgenommen werden (mit Ausnahme der wenigen Standorte in Gebirgen, auf denen bisher von Natur aus ausschließlich Nadelwälder vorkommen).

Das neue Jagdgesetz muss zudem die natürliche Wanderung der Baumarten zu neuen klimatisch passenden Standorten unterstützen. Verpflichtende, periodische Vegetationsgutachten sollen revierweise Auskunft über die Zukunftsfähigkeit der nächsten Waldgeneration geben und als objektive Grundlage bei der Festsetzung des Abschusses von Wild herangezogen werden. Das Ergebnis der Gutachten sollen Ampelkarten sein, die der Öffentlichkeit online zugänglich sein müssen.

## **6. Waldflächen nach Extremereignissen schonend behandeln**

Flächen, auf denen Waldbrände, Stürme oder Massenvermehrungen stattgefunden haben, sind nach dem modernsten Stand der Wissenschaft so zu behandeln, dass die Bodenfruchtbarkeit und die Feuchtigkeit erhalten bleiben. Sie sind daher nicht oder nur eingeschränkt zu beräumen und mit der Zielstellung eines naturnahen Laubmischwaldes wiederzubegründen, unter dem Vorrang der natürlichen Sukzession. Abgestorbene, stehende und liegende Bäume sollten soweit als möglich dafür genutzt werden, die Naturverjüngung zu fördern. Diese dienen als Bodenschutz, Feuchtigkeitsspeicher, Nährstoffspender, Schatten, Windschutz und Hemmnis gegen Wildverbiss. Die Befahrung der Waldböden mit Maschinen muss weitgehend vermieden werden, auch um die natürliche Sukzession, das Wachstum vorhandener und künftiger Jungpflanzen nicht zu behindern. Besondere Sorgfalt muss dem Arbeitsschutz auf einer solchen Fläche gelten. Sonderregelungen für Holztransporte wie eine Erhöhung des zulässigen Gesamtgewichtes auf 44 Tonnen oder mehr lehnt der BUND ab, da dadurch Forststraßen und andere Straßen über die Maße belastet werden.

Kommunale und private Waldbesitzer\*innen sollen bei der Wiederbewaldung finanziell und mit Beratung unterstützt werden. Finanzielle Unterstützung soll es dabei nur geben für eine ökologisch verträgliche Wiederbewaldung mit dem Ziel eines naturnahen Laubmischwaldes mit heimischen Baumarten. Es soll kein Steuergeld fließen für eine Wiederbewaldung mit Fichten, Kiefern oder exotischen Baumarten wie Douglasie, Küstentanne oder Roteiche. Die großmaschinelle Räumung und Bodenbearbeitung von Verjüngungs- und Kalamitätsflächen soll nicht gefördert werden. Eine finanzielle Förderung darf nur in begründeten Ausnahmefällen erfolgen, wie beispielsweise für die Entnahme von noch bruttauglichem Borkenkäferholz. Die Förderung ist hier auf Bestände zu beschränken, in denen mit dem Waldumbau nachweisbar begonnen wurde. Abgestorbene Laubbäume sind als Biotopholz, Feuchtigkeitsspeicher und für die Nährstoffnachhaltigkeit auf der Fläche zu belassen. Fragen der Verkehrssicherungspflicht sind einzelfallweise zu lösen, immer unter der Prämisse, soviel Biotopholz wie möglich im Wald zu belassen.

## 7. Ausreichend Forstpersonal in der Fläche bereitstellen

Um die Wälder ökologisch verträglich zu bewirtschaften, ist mehr qualifiziertes Personal mit forstwirtschaftlichem und ökologischen Hintergrund im Wald erforderlich. Es ist daher notwendig, entsprechende Finanzmittel für mehr Forstpersonal in den staatlichen Wäldern bereitzustellen, insbesondere Waldfacharbeiter\*innen, die die Situation vor Ort kennen. Auch für die große Aufgabe Waldumbau sind zusätzliche, qualifizierte und ordentlich bezahlte Fachkräfte im Wald unabdingbar.

## 8. Kompetenzen in Laubholzwirtschaft ausbauen

Die für Deutschland typische biologische Vielfalt der Laubmischwälder, insbesondere die der Rotbuchenwälder, kann nur hier erhalten werden. Danach müssen sich die deutsche Forst- wie Holzwirtschaft richten und einstellen: Sie sollten ihre Kernkompetenz im Laubholz ausbauen und nutzen. Die Forschung für die langlebige stoffliche Verwendung von Laubholz ist zu fördern.

## 9. Stickstoffemissionen reduzieren

Ein großes Problem sind die hohen Schadstoffeinträge über die Luft, denen unsere Wälder ausgesetzt sind. Dabei spielt das Element Stickstoff eine Schlüsselrolle: Unter den Luftschadstoffen, die dem Wald zusetzen, sind die Emissionen von Stickstoffverbindungen aus Verkehr und Industrie (Kohlekraftwerke und Industriefeuerungen) sowie der Landwirtschaft (Ammoniak durch Ausbringen von Gülle) die bei weitem stärksten Schadstoffgruppen. Beide Stickstoffverbindungen versauern die Waldböden, behindern das Wachstum der Feinwurzeln und schaffen Nährstoffungleichgewichte, die die Wälder schwächen. Hohe Stickstoffeinträge gehören zu den bedeutendsten vom Menschen verursachten Belastungsfaktoren für den Wald.

Werden die Feinwurzeln der Bäume in Folge der hohen Stickstoffeinträge über Jahrzehnte in ihrem Wachstum gehemmt, können die Bäume viel schlechter Wasser aufnehmen und geraten leichter in Trockenstress. Sie verdursten in Dürreperioden, denen sie sonst Stand gehalten hätten. Dadurch kommt es inzwischen selbst in weniger anfälligen Laubwäldern wie Buchenmischwäldern zu Schäden, die so auf unbelasteten Waldböden nicht zu verzeichnen wären. Die Folge sind ausgedünnte Baumkronen und damit eine sich verstärkende Anfälligkeit für Hitzestress. Durch die Stickstoffeinträge verschiebt sich auch das Artenspektrum, spezifische Artengemeinschaften der Waldgesellschaften gehen verloren. Die übermäßigen Stickstoffemissionen sind dringend zum Schutz der Wälder zu reduzieren.

Um die Stickstoff-Emissionen aus der Landwirtschaft zu reduzieren, fordert der BUND eine drastische Reduktion der landwirtschaftlichen Tierbestände und einen ambitionierten Umbau der Tierhaltung. Die Nutztierbestände müssen bis 2050 halbiert werden, vor allem im Schweine- und Geflügelbereich. Die Politik sollte sich intensiv mit den Empfehlungen des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung auseinandersetzen. Hier sind zeitnah Verabredungen notwendig, wie der Umbau zu einer tiergerechten, umwelt- und klimafreundlichen Tierhaltung gestaltet und finanziert werden kann. Zudem muss ergänzend zur kürzlich geänderten Düngeverordnung eine Stickstoffüberschussabgabe eingeführt werden, um den Bäuer\*innen Anreize zu geben, den Eintrag von Stickstoff aus der Landwirtschaft weiter zu reduzieren.

Um die Stickstoff-Emissionen aus dem Verkehr wirksam zu reduzieren, müssen aus Sicht des BUND insbesondere die Stickstoffdioxid Emissionen der Diesel PKW schnell verringert werden, von denen 67 Prozent der Stickoxide des Verkehrs emittiert werden. Grundsätzlich ist ein genereller Umbau des Mobilitätssektors notwendig. So müssen der Autoverkehr verringert und die bestehenden Regeln zur Abgasreinigung eingehalten und zukünftig verschärft werden. Steuerpolitische Fehler in der Verkehrspolitik der vergangenen Jahre müssen behoben werden: Klimaschädliche Subventionen für die Energiesteuervergünstigung für Dieselmotoren und die Energiesteuerbefreiung von Kerosin – mit zusammen jährlich über 14 Milliarden Euro – müssen abgeschafft werden.

23. April 2020

Kontakt:

**Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)**

Friends of the Earth Germany

**Nicola Uhde, BUND-Expertin für Waldpolitik**

Kaiserin-Augusta-Allee 5, 10553 Berlin

(030 275 86-498) / 0151 141 482 67

[Nicola.Uhde@bund.net](mailto:Nicola.Uhde@bund.net)

[www.bund.net](http://www.bund.net)

Hintergrund:

Deutschland ist von Natur aus ein Buchenland und trägt mit einem Viertel des natürlichen Verbreitungsgebietes weltweit die größte Verantwortung aller Länder für den Erhalt der Rotbuche. Die deutschen Wälder bestünden von Natur aus zu über 83 % aus Laubmischwäldern. Nadelwälder aus Kiefer, Fichte und Tanne kämen von Natur aus nur auf ca. 3 % der Fläche vor, insbesondere vor allem in höheren Lagen der Mittelgebirge und der Alpen. Die derzeitige Baumartenverteilung nach der dritten Bundeswaldinventur steht in einem starken Gegensatz zur potentiellen natürlichen Vegetation: Mit 54 % dominieren Nadelholzbäume die deutschen Wälder, damit wurde deren Anteil drastisch erhöht im Vergleich zum natürlichen Vorkommen von Nadelholzbäumen.

Nadelholzreinbestände reduzieren massiv die standortheimische biologische Vielfalt und sind durch den Verlust natürlicher Selbstregulation besonders krisenanfällig und risikobehaftet. Jedes Land hat nach der Konvention über die Biologische Vielfalt, die auch Deutschland unterzeichnet hat, die Pflicht, seine typische Vielfalt an Lebensräumen, Arten und deren genetische Vielfalt zu erhalten und wieder herzustellen.